

Protokoll

17. Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.09.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:13 Uhr
Ort: Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Vorsitzender

Herr Winfried Müller

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen anwesend bis TOP 12
Herr Ralf Bergander abwesend in TOP 21.1
Herr Stephan Bergmann
Herr Karl-Georg Görtemöller
Herr Ulrich Holstein
Frau Ute Johanns
Herr Thorsten Karssies
Herr Richard Keib
Herr Jürgen Knölker
Herr Christian Lübbe
Frau Anette Marewitz
Herr Oliver Neils anwesend bis TOP 17
Herr Lars Rehling
Herr Josef Riepe
Frau Silke Schäfer
Herr Dr. Harald Wegner

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer
Herr Hendrik Westerhaus
Frau Anke Wittemann

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding
Frau Monika Bruning
Herr Jan-Gerd Bührmann
Herr Heiner Hundeling anwesend ab TOP 4
Frau Silke Kuhlmann
Frau Imke Märkl
Herr Andreas Quebbemann
Herr Oliver Reyle
Herr Ernst-August Rotherth
Herr Matthis Waldkötter

Mitglieder Fraktion B 90/Die Grünen

Herr Robert Goda
Herr Jens Kerntopf
Frau Barbara Pöppe

Herr Matthias Reyl
Herr Dieter Sieksmeyer
Frau Miriam Thye

Mitglied Die Linke

Herr Jürgen Holz

Mitglied AfD

Herr Mark Mecklenburg

Verwaltung

Frau Sonja Bodensiek
Frau ESTR'in Sonja Glasmeyer
Frau Sonja Göhler
Frau Esther Lüßenheide
Herr BD Christian Müller
Herr Udo Müller
Herr Klaus Sandhaus

Protokollführerin

Frau Bianca Rimann

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHER TEIL:

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2024
- 4 Bericht des Bürgermeisters
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen
- 6.1 Änderung der Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal WP 21-26/0523
- 6.2 Änderung der Besetzung es Ausschusses für Feuerwehr und Ordnung WP 21-26/0524
- 6.3 Änderung der Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt WP 21-26/0525
- 7 Haushaltsplan 2025 WP 21-26/0550
- 7.1 Haushaltsplan - Stellenplan 2025 WP 21-26/0543

8	Widerruf der Verlängerung des Optionszeitraumes nach § 27 Abs. 22a UStG im Falle einer weiteren Verlängerung	WP 21-26/0469
9	Verzicht auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchluss ab dem Jahr 2023	WP 21-26/0470
10	Beschlussvorlage überplanmäßige Ausgabe Kampfmittel	WP 21-26/0532
11	Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Bramsche	WP 21-26/0526
11.1	Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Bramsche	WP 21-26/0526-1
12	41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsteil Ueffeln - Feststellungsbeschluss - Beschlussvorlagen WP 16-21/0842 und WP 21-26/0269	WP 21-26/0528
13	Bebauungsplan Nr. 175 "Im Mühlengrund" - Bezugsvorlagen WP 21-26/0839, WP 21-26/0270 und WP 21-26/0255	WP 21-26/0529
14	Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen (Balkonsolarmodule/Balkonkraftwerke) für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bramsche.	WP 21-26/0535
14.1	Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen (Balkonsolarmodule/Balkonkraftwerke) für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bramsche.	WP 21-26/0535-1
15	Antrag des Ratsmitglieds der AfD, Mark Mecklenburg "Änderung der Vorfahrtsituation Maschstraße / Marktstraße"	WP 21-26/0545
16	Beantwortung von Anfragen	
17	Anfragen und Anregungen	
18	Einwohnerfragestunde	

Öffentlicher Teil:

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------	-------------------------------------

RV Müller begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
-------	---

In der Tagesordnung werden die ursprünglichen TOP 7 und 8 zu dem TOP 7 und 7.1 Haushalts- und Stellenplan zusammengeführt.

TOP 3	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2024
-------	---

RV Müller lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 13.06.2024 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen

TOP 4	Bericht des Bürgermeisters
-------	----------------------------

BGM Pahlmann berichtet über folgende Projekte:

„Bührener Esch“: Er lobt die Zusammenarbeit zwischen der Sparkasse Osnabrück, dem Bauunternehmen, der AWO und der Stadt Bramsche.

Der Bau der Feuerwehr Epe/Sögel n wächst. Dort liegt man im Zeit- und auch im Kostenplan.

Bei der Feuerwehr Achmer werden die ursprünglich geplanten Baukosten zwar überschritten, nun läge man aber im Kosten- und Zeitrahmen und die Fertigstellung ist auf gutem Wege.

Für die Sporthalle in Schleptrup wurden die ersten Entwurfsskizzen begutachtet.

Der Auftrag für die Planung des Anbaus an der Haupt- und Realschule ist vergeben worden. Jetzt können die ersten Entwürfe erstellt werden.

Zur Demo an der Jägerstraße: Demonstrationen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Grundrecht auch in Anspruch annehmen. Deshalb sei den Organisatoren auch uneingeschränkt zu danken. Zu danken sei auch dafür, dass die Kommunalpolitik dort stellungnehmen durfte. Leider deuten die Redebeiträge daraufhin, dass das aktuelle Projekt kurzfristig abgebrochen werden soll. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt müsse bekannt gegeben werden, dass das aktuelle Projekt nicht weiter verfolgt werden wird. Für die weitere Vorgehensweise bezüglich des Baues einer neuen Turnhalle, dem Siedlertreff oder dem Ärztehaus müsse dann ein anderer Investor gesucht werden. Am 11.06.2024 hat die Verwaltung von der Kommunalpolitik den Auftrag erhalten, für den Stadtteil Gartenstadt ein städtebauliches Entwicklungskonzept zu erstellen, das sich mit der medizinischen Grundversorgung, Verkehr, Mobilität, Siedlungsentwicklung und Wohnen, Einzelhandel, Wirtschaft, Sport, Freizeit und Kultur auseinandersetzt, damit die noch nicht verplanten Flächen sinnvoll genutzt werden können.

18:15 Uhr Herr Hundeling nimmt an der Sitzung teil.

TOP 5	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Ein Bürger spricht erneut die Schmutz- und Regenwasserproblematik in Engter an.

Seiner Aussage nach kommt es nach Regenfällen häufig zum Überlaufen der Schmutzwasserkanäle in Engter und Schleptrup. Grund dafür seien Fettverkrustungen. Er möchte wissen, was dagegen unternommen wird.

Weitere Fragen seinerseits:

In Engter im alten Dorf vor der Karolinenstraße endet eine Druckleitung vom Pumpwerk Vördener Straße. Er vermutet, dass über diese Druckleitung auch Schmutzwasser aus dem Gewerbegebiet Engter entsorgt wird und daher auch die Fettablagerungen kommen.

Der Bürger stellt fest, dass der Schmutzwasserkanal in der Nähe des Pumpwerks Heidedamm noch nach Stunden eines Starkregens überflutet ist. Er stellt folgende Fragen:

- Warum wird dieses Wasser nicht abgepumpt und zur Kläranlage gefahren?
- Wird die Druckleitung vom Pumpwerk Vördener Straße mit an die neue Leitung im Gewerbegebiet Engter angeschlossen?
- Wird die Stadt Bramsche die Wartung- und Instandhaltungskosten der Rückstauklappe übernehmen?

Der Bürger sei der Meinung, dass es im Gartenweg bei starken Regenfällen immer wieder zum Überlaufen der Straße komme, weil der teils zu klein verrohrte Graben die Regenmengen nicht aufnehmen könne. Dieses Regenwasser belaste zusätzlich den Schmutzwasserkanal, da dieser ebenfalls über das Pumpwerk Vördener Straße angeschlossen sei.

Der Bürger sei ebenfalls der Meinung, dass die verstopfte und oder defekte Regenwasserleitung im Unnerdorpweg regelmäßig die privaten Grundstücke überfluten lasse, wodurch einige Anwohner mit Schimmelschäden an ihren Gebäuden zu kämpfen haben.

Diese Fragen werden von BD Müller schriftlich beantwortet.

TOP 6	Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen
-------	--

TOP 6.1	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal	WP 21-26/0523
---------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderung der Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

An die Stelle von Herrn Hendrik Westerhaus tritt als Mitglied des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal Frau Anette Staas-Niemeyer.

An die Stelle von Frau Anette Staas-Niemeyer als Vertreterin tritt Frau Anke Wittemann.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 38 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Enthaltungen

TOP 6.2	Änderung der Besetzung es Ausschusses für Feuerwehr und Ordnung	WP 21-26/0524
---------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderung der Besetzung des Ausschusses für Feuerwehr und Ordnung gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

An die Stelle von Herrn Hendrik Westerhaus tritt als Mitglied des Ausschusses für Feuerwehr und Ordnung Frau Anke Wittemann.

An die Stelle von Frau Anke Wittemann als Vertreterin tritt Frau Anette Staas-Niemeyer.

RM Quebbemann weist die Mitglieder darauf hin, dass keine Vertretungsregelung beschlossen werden muss.

RV Müller lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 39 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 6.3	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt	WP 21-26/0525
---------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderung der Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

An die Stelle von Herrn Hendrik Westerhaus tritt als Vertreterin für Frau Staas-Niemeyer im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt Frau Anke Wittemann.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 39 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

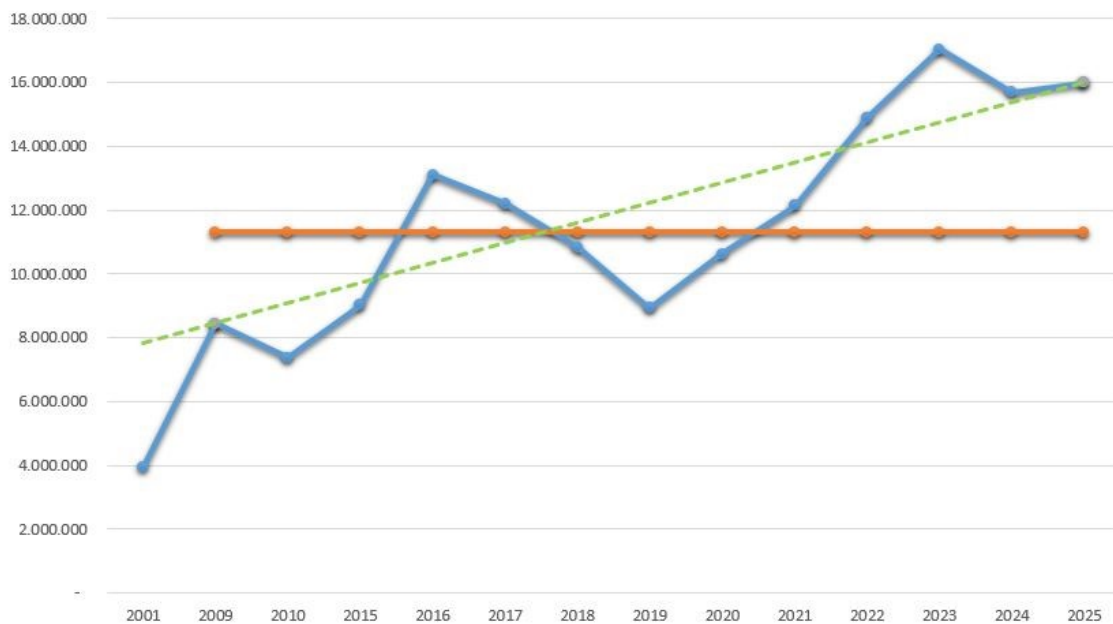
TOP 7	Haushaltsplan 2025	WP 21-26/0550
-------	--------------------	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan mit seinen Teilhaushalten und Einzelfestsetzungen für das Haushaltsjahr 2025, die fortgeschriebene Finanzplanung für den Finanzplanungszeitraum 2026-2028 und die Haushaltssatzung (s. Anlage „Haushaltssatzung“) werden in Gestalt der fortgeschriebenen Veränderungsliste beschlossen.

BGM Pahlmann erläutert die Einbringung des Haushaltes 2025 und berichtet ausführlich über die wichtigsten Haushaltsdaten.

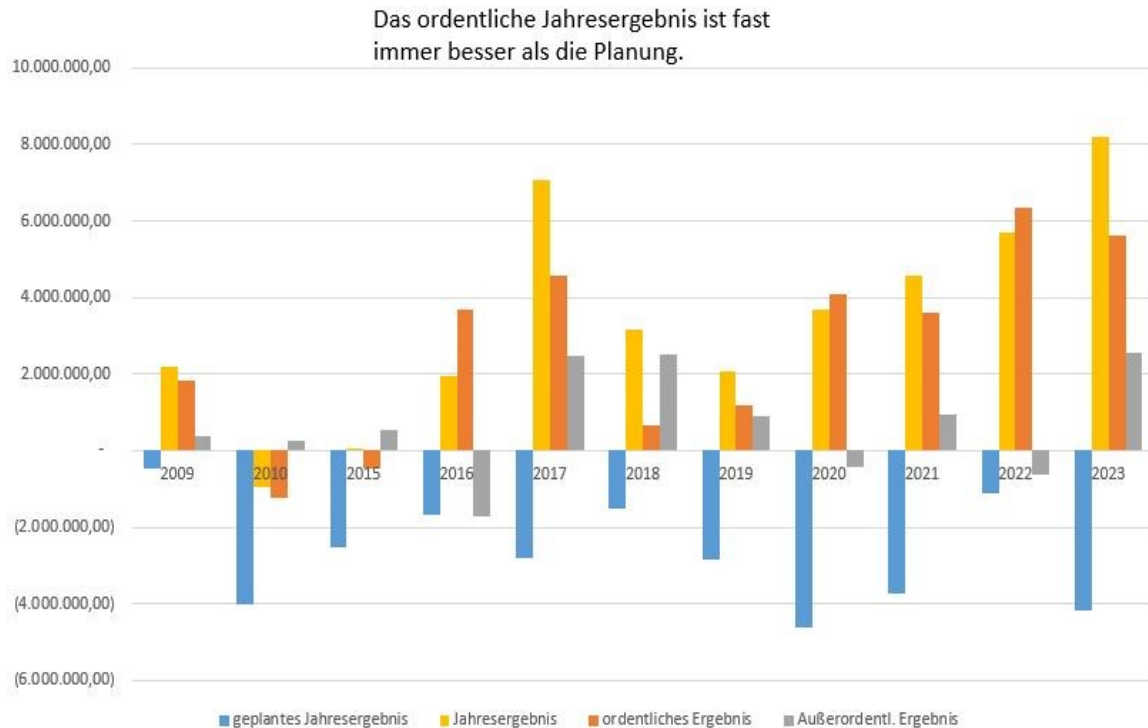
Gewerbsteuerentwicklung



Der blaue Graph zeigt die Gewerbsteuer, der orangefarbene Strahl zeigt den Mittelwert und der grüngestrichelte Strahl zeigt die Steigerung. Bei der Gewerbsteuer ist nach wie vor über die vergangenen Jahre hinweg eine kontinuierliche Steigerung der Einnahmen festzustellen. Wichtig ist dabei, dass die Stadt den längeren Zeitraum insgesamt beachten und nicht nur auf einzelne Haushaltsjahre schaut. Die Tendenz geht weiter klar nach oben.

Für das Jahr 2025 plant die Stadt mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 16 Millionen Euro. Die sehr gute Entwicklung zeigt, dass die Stadt Bramsche den richtigen Weg eingeschlagen hat und auf einen Branchenmix mit vielen Betrieben aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen setzt, um nicht von einzelnen großen Unternehmen abhängig zu sein. Gleichzeitig ist die Stadt dadurch resilienter gegen Krisen in einzelnen Branchen. Der umsichtige Umgang mit diesen Steuermitteln zeigt sich an den Jahresergebnissen der vergangenen Jahre.

Jahresergebnisse Plan/Ist



In den vergangenen Jahren konnte der, jeweils mit einem Fehlbetrag, geplante Haushalt im Ergebnis verbessert oder sogar ausgeglichen werden. Hier zeigt sich, dass die Einnahmen eher zurückhaltend und die geplanten Ausgaben mit der gebotenen Vorsicht unter Berücksichtigung möglicher Risiken geplant werden. Hier habe die Stadt immer vorsichtig geplant und es wurden nur notwendige Aufwendungen und Investitionen getätigt. Dadurch waren die Abschlüsse seit 2015 positiv. Die Rücklage konnte durch die guten Jahresergebnisse zu einem Rücklagenbestand von inzwischen rund 36 Millionen Euro ausgebaut werden.

Die Zahlen des Haushaltes 2025 in einer Gesamtübersicht.



Haushaltsplan 2025

	Ergebnis 2023	Plan 2024	Entwurf 2025
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Ordentliche Erträge	68.151.407 €	64.273.700 €	61.531.800 €
Ordentliche Aufwendungen	62.511.873 €	68.386.600 €	71.607.800 €
Außerordentliche Erträge	2.629.652 €	34.000 €	
Außerordentliche Aufwendungen	70.268 €	- €	- €
Jahresergebnis	8.198.918 € -	4.078.900 € -	10.076.000 €
<u>Finanzhaushalt</u>			
Einz.a.lfd.Verw.-Tätigkeit	63.647.239 €	62.092.700 €	59.361.800 €
Ausz.a.lfd.Verw.-Tätigkeit	56.551.753 €	63.198.800 €	66.765.000 €
Einz. Investitionstätigkeit	6.943.425 €	5.840.200 €	1.562.200 €
Ausz. Investitionstätigkeit	11.581.606 €	16.034.400 €	19.606.000 €
Einz. Finanzierungstätigk.	- €	10.194.200 €	18.043.800 €
Ausz. Finanzierungstätigk.	1.899.778 €	2.869.400 €	2.535.700 €

Die Verwaltung rechnet mit einem Defizit von rund **10 Millionen Euro**, das insbesondere auf Umstände zurückzuführen ist, die nicht in kommunaler Verantwortung liegen, wie zum Beispiel massive Gehaltssteigerungen beim Personal durch verbesserte Abschlüsse, Kostensteigerungen bei Unterhaltung und Investitionen sowie die unzureichende Ausstattung seitens des Bundes und Landes für immer neue Aufgaben, die den Kommunen auferlegt werden, ohne diese entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Die Stadt bekommt einerseits geringere allgemeine Zuweisungen vom Land und zu geringe Erstattungen für auf Kommunen übertragene Aufgaben und haben auf der anderen Seite in allen Bereichen mit steigenden Kosten zu kämpfen. Besonders deutlich wird dies bei den höheren Ausgaben für Bauprojekte, sowie bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung von eigenen Gebäuden und Flächen. Durch die erwähnte gute Rücklage ist der fiktive Haushaltsausgleich jedoch gewährleistet, auch für die zukünftigen Finanzplanungsjahre. Ein Haushaltssicherungskonzept ist nicht aufzustellen.

Nichtsdestotrotz benötigt die Stadt Bramsche eine **Kreditaufnahme von 18 Millionen Euro**, um die geplanten Investitionen realisieren zu können. Insgesamt plant die Stadt Bramsche für 2025 mit **Investitionen in Höhe von 19,6 Millionen Euro**.



Die größten Investitionen

Maßnahme	Plan 2025	F-Plan 2026 Refinanzierung
424041501 – Ersatzneubau Sporthalle Schleptrup	5.000.000 €	1.300.000 €
511021601 – Stadtsanierung „Bahnhofsumfeld“	2.000.000 €	2.000.000 € jew. 1.000.000 €
212011701-Erweiterungsbau HS/RS	1.850.000 €	1.900.000 €
211100801 - GS Engter-Anbau	1.800.000 €	1.500.000 €
126012101 - Neubau FFW Epe/Sögeln	1.800.000 €	- €
Summe	12.450.000 €	6.700.000 €

Diese Übersicht zeigt die fünf größten Investitionsposten, die mit fast 12,5 Millionen Euro rund zwei Drittel der gesamten Investitionskosten umfassen. 5 Millionen Euro fallen für den Ersatzneubau der Turnhalle in Schleptrup an. Für das Sanierungsgebiet „Bahnhofsumfeld“ sind es 2 Millionen Euro. Dazu kommen jeweils etwas weniger als 2 Millionen Euro für den Erweiterungsbau an der Haupt- und Realschule, sowie dem Anbau an der Grundschule Engter. 1,8 Millionen Euro sind außerdem für den Neubau des Feuerwehrhauses Epe/Sögeln eingeplant.

Da der finanzielle Spielraum selten so eingeschränkt war wie in diesen Zeiten, müssen Prioritäten gesetzt werden. Etwaige Sonderwünsche müssen in diesem Jahr zurückgestellt werden. Man könne nicht alles gleichzeitig umsetzen und müsse sich auf die wichtigsten Dinge fokussieren.

Auch hier wird deutlich, dass nicht nur 2025, sondern auch 2026 massiv investiert werden soll. Insgesamt sind es in den **kommenden beiden Jahren circa 37,2 Millionen Euro** (19,6 Mio. im Jahr 2025 und 17,6 Mio. im Jahr 2026).

Das Spannungsfeld zwischen dem was notwendig ist, und dem, was gemeinsam als verantwortbar und leistbar erachtet wird, ist enorm. Mit diesem Haushaltsentwurf soll die Grundlage gelegt werden, dass trotz der aktuell großen Herausforderungen die richtigen Weichen für eine erfolgreiche, gute Zukunft der Stadt Bramsche gestellt werden können.

BGM Pahlmann möchte gemeinsam daran arbeiten, Bramsche stark und lebenswert zu halten – jetzt und für die kommenden Generationen. Deshalb ist es wichtig, dass die nötigen Investitionen getätigt werden, die die Stadt Bramsche für eine gute Zukunft zwingend braucht.

Die Zeiten sind nicht einfach und die Herausforderungen sind weiterhin groß. Dennoch beteuert BGM Pahlmann, dass die Stadt Bramsche grundsolide aufgestellt ist. Durch umsichtiges Wirtschaften ist weiterhin Gestaltungsspielraum vorhanden, der zum Wohle der Stadt Bramsche genutzt wird.

BGM Pahlmann bittet darum, dies in den kommenden Beratungen immer im Blick zu haben, sodass die Stadt Bramsche auch weiterhin finanziell handlungsfähig bleibt.

Klimaschutz, Energiewende, Mobilitätswende, Digitalisierung, Ausbau von Betreuungsplätzen – sind zahlreichen Aufgaben die als Chance verstanden werden sollen, um die Stadt Bramsche sattelfest zu machen. Zukunft gestalten und Spielräume erhalten – nur gemeinsam können Politik und Verwaltung dies bewältigen. Ein Haushalt kann nur in Gemeinschaft erarbeitet werden.

BGM Pahlmann bedankt sich ausdrücklich bei Sonja Bodensiek und Tobias Gregor, für die bis jetzt schon geleistete Arbeit und auch schon für das, was noch vor ihnen liegt.

Des Weiteren wünscht er allen eine konstruktive Beratung zum Haushalt 2025 und ein gutes Ergebnis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

RM Staas-Niemeyer fragt nach dem Stellenplan 2025. Dieser wird nach der Sitzung im RIS hochgeladen.

TOP 7.1	Haushaltsplan - Stellenplan 2025	WP 21-26/0543
---------	----------------------------------	---------------

TOP 8	Widerruf der Verlängerung des Optionszeitraumes nach § 27 Abs. 22a UStG im Falle einer weiteren Verlängerung	WP 21-26/0469
-------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich eines möglichen Beschlusses des Bundes über die weitere Verlängerung des Optionszeitraumes gem. § 27 Absatz 22a Umsatzsteuergesetz, beschließt die Stadt, eine weitere Verlängerung über den 31.12.2024 hinaus mit Wirkung zum 01.01.2025 zu widerrufen.

RM Reyl erläutert die Vorlage.

RM Quebbemann erläutert, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde, da sie, entgegen der Annahme der Verwaltung, von erheblichen Nachteilen für die Stadt ausgehe.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

29	Stimmen dafür
10	Stimmen dagegen
0	Enthaltungen

TOP 9	Verzicht auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchluss ab dem Jahr 2023	WP 21-26/0470
-------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bramsche beschließt von der Aufstellung der Gesamtabchlüsse ab dem Jahr 2023 abzusehen. Die untergeordnete Bedeutung nach § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG kann auch für die Stadtwerke Bramsche GmbH festgestellt werden.

RM Reyl erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 39 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 10	Beschlussvorlage überplanmäßige Ausgabe Kampfmittel	WP 21-26/0532
--------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Für die Kampfmittelbeseitigung werden 200.000 Euro gemäß § 117 NKomVG überplanmäßig bereitgestellt.

ESTR'in Glasmeyer erläutert, dass auf einem Grundstück in Bramsche drei Bomben entschärft werden mussten. Daraufhin hat der Kampfmittelräumdienst empfohlen, das gesamte Grundstück zu untersuchen, da die Bomben immer im Verbund abgeworfen wurden. Es ist davon auszugehen, dass noch weitere Bomben zu finden sind. Ein Betretungsverbot besteht bis das gesamte Grundstück geräumt wurde und als kampfmittelfrei gilt.

Im Wege einer Auswertung von Luftbildaufnahmen, ist davon auszugehen, dass sich auf 24 Grundstücken im Stadtgebiet, weitere 44 Blindgänger befinden werden. Solange nicht in das Erdreich eingegriffen wird, besteht keine konkrete Gefahr. Die Eigentümer wurden bereits darüber in Kenntnis gesetzt und eine Informationsveranstaltung wird folgen.

Die Kostenregelung in Niedersachsen sieht vor, dass der jeweilige Eigentümer, bis zum Verkehrswert seines Grundstückes, die entstandenen Kosten zu tragen hätte, wenn ein Kampfmittel gefunden werden würde. Sollte kein Kampfmittel gefunden werden, trägt die Stadt Bramsche die Kosten. Für die Entschärfungen der Bomben und gegebenenfalls den Abtransport kommt das Land Niedersachsen auf.

Der Schätzwert dieser Kosten beläuft sich auf ca. 200.000 Euro.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 38 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Siehe TOP 11.1

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsentwicklungsplan Bramsche (kurz VEP) wird zustimmend zur Kenntnis genommen und als Strategie-, Rahmen- und Maßnahmenplan Verkehr der Stadt Bramsche beschlossen. Alle beabsichtigten Maßnahmen, insbesondere jene mit dem Ziel der Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h oder weniger, sind vor Durchführung in den jeweiligen Gremien konkret zu beschließen.

RM Bergander erläutert die Vorlage.

Der Verkehrsentwicklungsplan für die Stadt Bramsche stehe seit Jahren für Veränderungen bzw. Ergänzungen, die immer wieder neu in die Beratung gehen und für die Entscheidungen der Rat zuständig ist. Er ist ein strategisches Instrument, auf das nicht verzichtet werden könne, auch, da dieser notwendig sei, um Förderanträge stellen zu können.

RM Waldkötter bemängelt die Datenerhebung für den Verkehrsentwicklungsplan. Bei einer Tageszählung seien die Zahlen nicht verlässlich, da mehrere Faktoren, wie z. B. Regen, Ferien oder eine eventuelle Sperrung der Autobahn berücksichtigt werden müssten. Auch die Jahreszeiten spielen eine wichtige Rolle. Bei der Zählung der Radfahrer sei seiner Meinung, nach die gemessene Zeit von acht Stunden nicht ausreichend, denn zu jeder Tageszeit ergeben sich andere Ergebnisse. Die Parkraumuntersuchung erfolgte ebenfalls an nur an einem einzigen Tag. Daher sei auch diese Erhebung nicht zuverlässig. Auch hierzu gibt es keine Erklärung oder Reflektion im Verkehrsentwicklungsplan. Die Bürgerumfrage, bei der lediglich 0,1 % der Bürger befragt wurden, kann seiner Meinung nach so nicht mit eingebracht werden. Des Weiteren seien die Verkehrssituationen in den Ortsteilen nicht ausreichend beachtet worden. Diese Zahlen sei wissenschaftlich „einfach nur schlecht“, so RM Waldkötter.

BD Müller widerspricht dem, denn es würden weitere, umfassende Erhebungsdaten in den Planungen berücksichtigt.

RM Sieksmeyer bringt ein, dass die Stadt mit diesem Verkehrsentwicklungsplan zwei wesentliche Punkte verfolge. Zum einen soll für mehr Verkehrssicherheit gesorgt und zum anderen soll die Mobilität umweltfreundlicher gestaltet werden. Dies soll mit Rücksicht unter allen Verkehrsteilnehmern umgesetzt werden.

RM Staas-Niemeyer wird, dem geänderten Beschlussvorschlag zustimmen. Ihrer Meinung nach sei es schwierig, die Autofahrer aus der Innenstadt zu verbannen, da es gerade für die Ortsteilansässigen keinen verlässlichen Ersatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln gebe. Des Weiteren weist sie eindringlich auf den Abbau der Barrieren in der Innenstadt hin.

RM Quebbemann möchte wissen, wer für die Abstimmung der Änderungen zuständig sei. Der Rat oder wie in der Vorlage angegeben, der Stadtentwicklungsausschuss.

BD Müller merkt an, dass hierfür der Stadtentwicklungsausschuss und der Verwaltungsausschuss zuständig sei.

Nach Ansicht von RM Quebbemann richtet sich dieser Verkehrsentwicklungsplan allerdings zu sehr gegen das Auto und dies sei in einem ländlichen Raum der falsche Weg.

RM Neils macht die Mitglieder darauf aufmerksam, dass die Autofahrer auf keinen Fall aus der Innenstadt vertrieben werden dürfen, da dies sicherlich auch wirtschaftliche Auswirkungen habe. Der Verkehrsentwicklungsplan soll für ein Miteinander sorgen.

RM Holz regt an, dass die Straßen auch für Straßenfeste genutzt werden sollen.

BD Müller weist darauf hin, dass im Falle von geplanten Straßenfesten das Ordnungsamt benachrichtigt werden muss. Des Weiteren muss ein Antrag auf Straßensperrung bei dem zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung eingehen.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen dafür
 11 Stimmen dagegen
 1 Enthaltungen

TOP 12	41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsteil Ueffeln - Feststellungsbeschluss - Beschlussvorlagen WP 16-21/0842 und WP 21-26/0269	WP 21-26/0528
--------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und - soweit abwägungsbeachtlich - in der beigefügten Anlage d) aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung/Beschlussempfehlung“ beschlossen. Die Gesamtabwägung ist Bestandteil des Feststellungsbeschlusses.
2. Das gemeindliche Aufstellungsverfahren zur 41. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von Wohnbaufläche (W) – im Ortsteil Ueffeln mit Begründung und Umweltbericht wird hiermit durch den Feststellungsbeschluss beschlossen.
3. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Geltungsbereich der 41. Änderung aufgehoben.

RM Bergander erläutert die Vorlage.

RM Sieksmeyer merkt an, dass der Ortsrat Ueffeln nicht immer konform mit den Entscheidungen des Stadtentwicklungsausschusses gewesen sei. Bei der Planung sei die Flächenversiegelung nicht berücksichtigt worden. Es müsse eine starke Beschränkung des Flächenverbrauchs geben. Er bemängelt, dass im Satzungsbeschluss des Bebauungsplans keine Angaben zur Flächenversiegelung und zur städtebaulichen Dichte des Planentwurfs gemacht werden. Diese Kennzahlen seien wichtig, sodass sie mit dem Protokoll nachgereicht werden sollen.

RM Bei der Kellen verlässt um 19:17 die Sitzung.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 6 Enthaltungen

TOP 13	Bebauungsplan Nr. 175 "Im Mühlengrund" - Bezugsvorlagen WP 21-26/0839, WP 21-26/0270 und WP 21-26/0255	WP 21-26/0529
--------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

4. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und - soweit abwägungsbeachtlich - in der beigefügten Anlage d) aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung/Beschlussempfehlung“ beschlossen. Die Gesamtabwägung ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.
5. Der Bebauungsplan Nr. 175 „Im Mühlengrund“ mit örtlichen Bauvorschriften wird in der vorliegenden Fassung zusammen mit der dazugehörigen Begründung und dem Umweltbericht gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

RM Bergander erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 6 Enthaltungen

TOP 14	Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen (Balkonsolarmodule/Balkonkraftwerke) für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bramsche.	WP 21-26/0535
--------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Siehe TOP 14.1

TOP 14.1	Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen (Balkonsolarmodule/Balkonkraftwerke) für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bramsche.	WP 21-26/0535-1
----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die von der Verwaltung ausgearbeitete, beigefügte Förderrichtlinie und das Antragsformular werden als Vergabegründlage für die Fortführung des kommunalen Förderprogramms bzw. für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen/Balkonkraftwerke in Bramsche beschlossen.

RM Bergander erläutert die Vorlage.

RM Sieksmeyer erörtert diese Förderrichtlinie. Einkommensschwache Haushalte sollen bei der Anschaffung von Balkonkraftwerken unterstützt werden. Förderberechtigt sind alle Haushalte in Bramsche, die Bezug von Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Grundsicherung erhalten. Zielsetzung sei es, den Förderberechtigten die Möglichkeit einer Anschaffung von Balkonkraftwerken zu eröffnen und auf diese Weise die Kosten für den Strombezug aus dem Netz um 10 % bis 15% zu senken.

RM Kuhlmann ist über den Beschlussvorschlag empört, da 2023 beschlossen worden sei, dass für das Haushaltsjahr 2024 keine Fördermittel für Solaranlagen ausgeben werden sollten.

RM Staas-Niemeyer findet die Förderung für nicht gerechtfertigt. Die Solarmodule seien mittlerweile so günstig, dass es ihrer Meinung nach keiner Förderung bedürfe. Außerdem stehe der Verwaltungsaufwand hierzu in keiner Relation.

RM Neils vertritt die Meinung, dass sich die sozial schwächeren Bramscher Bürger über die Förderung freuen würden.

RM Hundeling würde gerne die hierfür eingeplanten 30.000 Euro komplett streichen oder diesen Betrag in sinnvollere Projekte investieren.

Die Mittel für die Gewährung von Zuwendungen seien im Haushalt 2024 vorgesehen und mit eingeplant, so RM Sieksmeyer.

RM Quebbemann nennt den Antrag eine „unsinnige Verschwendung“ von Steuergeldern. Außerdem sei die Verfahrensweise für diese Förderung seiner Meinung nach rechtswidrig. Des Weiteren sei für den Antrag ein Bewilligungsbescheid als Nachweis gefordert. Jetzt heißt es allerdings, dass eine Berechtigung zur Antragsstellung geprüft werden solle. Hier bittet RM Quebbemann um eine detaillierte Stellungnahme.

Seine Frage an den Vorstand:

Ab wann wird die Förderrichtlinie in Kraft treten? Dies wird von BD Müller wie folgt beantwortet: nach Beschluss (20.09.2024).

Des Weiteren möchte er wissen, wann die Deadline für die Einreichung der Anträge sein soll, damit das Verlosungsverfahren starten kann.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	24	Stimmen dafür
	13	Stimmen dagegen
	1	Enthaltungen

TOP 15	Antrag des Ratsmitglieds der AfD, Mark Mecklenburg "Änderung der Verkehrssituation Maschstraße / Marktstraße"	WP 21-26/0545
--------	---	---------------

ESTR' in Glasmeyer gibt zu der Beschlussvorlage rechtliche Hinweise. Der Antrag wurde form und fristgerecht gestellt. Die Befassung sollte, auf Wunsch, ausschließlich im Rat erfolgen.

Hierzu ist zu sagen, dass eine Beschlussfassung im Rat nur möglich ist, wenn es vorher eine Befassung im Verwaltungsausschuss gegeben hat. Da dies nicht erfolgt ist, kann heute kein Beschluss über diesen Tagesordnungspunkt erfolgen.

BGM Pahlmann schlägt daher vor, dass der Antrag zur Beratung an den Verwaltungsausschuss verwiesen wird, um dann wieder auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu kommen.

ESTR'in Glasmeyer merkt an, dass das RM Mecklenburg selbstverständlich die Möglichkeit bekommt, den Antrag vorzutragen und sich dazu zu äußern. Dies lehnt RM Mecklenburg für heute ab, da er ja auch im Verwaltungsausschuss dazu Stellung nehmen kann.

Die Ratsmitglieder sind der Meinung, dass dies nicht möglich sei. ESTR'in Glasmeyer merkt an, dass er zu dem gestellten Antrag angehört werden muss.

RV Müller lässt darüber abstimmen, den o.g. Antrag zunächst zurückzustellen und an den Verwaltungsausschuss zu verweisen, da noch keine Vorberatung durch diesen erfolgt ist. Anschließend werde er wieder zur Entscheidung dem Rat vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Enthaltungen

TOP 16 Beantwortung von Anfragen

Keine

TOP 17 Anfragen und Anregungen

1. RM Rothert möchte als Ortsbürgermeister von Engter die Fragen aus der Einwohnerfragestunde zur Verfügung gestellt bekommen.
2. RM Quebbemann stellt einige Fragen in Bezug auf die Rückgängigmachung der Vorfahrtsregelung an der Hemker Straße:
 - Ist die Befahrbarkeit der Hemker Straße wieder hergestellt?
 - Warum wurde die Beschilderung noch nicht ausreichend geändert?
 - Wurde der dazu gehörige Beschluss jetzt umgesetzt?
 - Wenn nicht, wann?
3. RM Holz möchte wissen, wie der Rat zum Thema „sozialer Wohnungsbau“ steht.

BD Müller bedauert, dass derzeit für den sozialen Wohnungsbau keine Fördermittel zur Verfügung stehen und somit keine oder kaum Investitionen dahingehend getätigt werden würden.

4. RM Quebbemann hat aus der Zeitung erfahren, dass ein großes Bramscher Unternehmen, 220 Arbeitsplätze auslagern will. Er möchte wissen, warum die Verwaltung den Rat nicht darüber in Kenntnis gesetzt hat.

BGM Pahlmann merkt an, dass er erst heute Mittag per Mail darüber in Kenntnis gesetzt wurde.
Im Oktober 2024 soll ein gemeinsames Gespräch stattfinden.

RM Neils verlässt die Sitzung um 19:52 Uhr.

TOP 18	Einwohnerfragestunde
--------	----------------------

Keine

Winfried Müller
Vorsitzender

Heiner Pahlmann
Verwaltung

Bianca Rimann
Protokollführerin